**Verkaufs-, Zahlungs- und Lieferungsbedingungen des Unternehmens
KMK - Kunststofftechnik GmbH**
Stand November 2009

I. Allgemeines

1. Für alle Verträge über den Verkauf und die Fertigung von Waren, Materialien und Werkzeugen –im folgenden nur Waren genannt- durch die Fa. KMK Kunststofftechnik GmbH -im folgenden nur Lieferer genannt- sowie alle damit zusammenhängenden Rechtsbeziehungen gelten ausschließlich die nachstehenden Verkaufs-, Zahlungs- und Lieferbedingungen.

2. Abweichungen, insbesondere Einkaufsbedingungen des Kunden, gelten ausnahmsweise nur dann, wenn sie vom Lieferer ausdrücklich schriftlich anerkannt worden sind. Bei Kunden, die nicht Verbraucher sind, gelten die nachstehenden Verkaufs-, Zahlungs-, und Lieferbedingungen ebenso für künftige Geschäfte, auch wenn nicht ausdrücklich auf sie Bezug genommen wird, sie aber dem Kunden bei einem vom Lieferer bestätigten Auftrag zugegangen sind. Erteilt der Kunde, der nicht Verbraucher ist, einen Auftrag abweichend von den nachstehenden Verkaufs-, Zahlungs- und Lieferbedingungen, so gelten diese Bedingungen des Lieferers auch dann, wenn der Lieferer ihnen nicht widerspricht.

3. Alle Angebote sind freibleibend, soweit sie nicht als Festangebote bezeichnet sind.

4. Art und Umfang der Lieferung sind in der Auftragsbestätigung bestimmt. Mündliche Nebenabreden werden nur durch schriftliche Bestätigung des Lieferers rechtswirksam.

5. Ist der Kunde kein Verbraucher, so bleiben Preisänderungen vorbehalten, wenn sich während der Dauer eines Abschlusses Preiserhöhungen für Roh- und Hilfsmaterial sowie Lohnerhöhungen ergeben.

6. Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, gelten die Preise ab Werk unter Ausschluß von Fracht, Zoll, Einfuhrnebenabgaben und Verpackung zuzüglich der Mehrwertsteuer in gesetzlicher Höhe.

7. Ist die Abhängigkeit des Preises vom Teilgewicht vereinbart, ergibt sich der endgültige Preis aus dem Gewicht der freigegebenen Ausfallmuster.

8. Der Kunde verpflichtet sich, bei Streichung oder Änderungswünschen gelisteter Artikel, die entsprechend seinen eigenen Wünschen eine Sonderausstattung haben, den Lieferer mindestens vier Monate vorher schriftlich zu unterrichten und Waren in alter Ausstattung bis zur durchschnittlichen Umsatzmenge von vier Monaten noch abzunehmen.

II. Zahlungsbedingungen

1. Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, sind alle Zahlungen in der gesetzlichen Währung Euro (€) zu bewirken.

2. Der Lieferer ist berechtigt, sämtliche Ansprüche aus den Geschäftsverbindungen zum Kunden an Dritte abzutreten.

3. Falls nicht anders vereinbart, ist der Kaufpreis

a) für Formen mit 50 % bei Auftragsbestätigung sowie 50 % 30 Tage nach Vorlage der vertragsgemäßen Ausfallmuster jeweils netto zu zahlen. Mit Bestätigung von Änderungsaufträgen des Kunden vor Formenfertigstellung sind alle bis dahin angefallenen Kosten zu erstatten, soweit sie die Anzahlung übersteigen.

b) Für Teillieferungen oder sonstige Leistungen zahlbar mit 3 % Skonto bei Vorauszahlung oder Nachnahme, 2 % Skonto innerhalb 14 Kalendertage, sowie ohne Abzug innerhalb 30 Kalendertagen nach Rechnungsdatum. Eine Skontogewährung hat den Ausgleich aller früheren fälligen Rechnungen zur Voraussetzung.

Bei bargeldloser Zahlung ist der Zahlungserfolg erst dann eingetreten, wenn der Betrag vorbehaltlos dem Konto des Lieferers gutgeschrieben worden ist.

4. Schecks werden nur erfüllungshalber angenommen, sämtliche damit verbundene Kosten gehen zu Lasten des Kunden.

5. Der Kunde darf nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen des Lieferers aufrechnen.

6. Im Falle des Zahlungsverzugs des Kunden kann der Lieferer nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Ersatz des Verzugschadens, insbesondere die gesetzlich vorgesehenen Verzugszinsen beanspruchen.

7. Befindet sich der Kunde dem Lieferer gegenüber mit irgendwelchen Zahlungsverpflichtungen im Verzug, so werden alle bestehenden Forderungen aus der Geschäftsverbindung mit dem Kunden sofort fällig. Darüber hinaus ist der Lieferer berechtigt, für noch offenstehende Lieferungen Vorauszahlungen zu verlangen.

III. Eigentumsvorbehalt

1. Das Eigentum an allen gelieferten Waren bleibt bis zur vollständigen Erfüllung aller Forderungen aus der Geschäftsbeziehung mit dem Lieferer einschließlich Nebenkosten vorbehalten und geht erst mit Erfüllung dieser Bedingung auf den Kunden über.

2. Sollte das vorbehaltene Eigentum durch Vermischung oder Verbindung der Waren mit anderen Sachen nach den gesetzlichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs nur noch als Miteigentum fortbestehen, so setzt sich der Eigentumsvorbehalt an dem durch die Vermischung oder Verbindung entstehenden Miteigentumsanteil fort.

3. Sollte das vorbehaltene Eigentum durch Vermischung oder Verbindung mit einer anderen Sache, insbesondere mit einem Grundstück, durch Verarbeitung oder Umbildung erlöschen, so tritt der Kunde die hieraus gegen den neuen Eigentümer entstehenden gesetzlichen Vergütungsansprüche schon jetzt zur Sicherung aller Forderungen aus der Geschäftsbeziehung an den Lieferer ab, der schon jetzt die Annahme dieser Abtretung erklärt.

4. Verarbeitung und Umbildung durch den Kunden werden für den Lieferer vorgenommen, ohne daß dieser hierdurch verpflichtet wird.

5. Der Kunde, der nicht Verbraucher ist, ist ermächtigt, die unter vorbehaltenem Eigentum stehenden und zum Weiterverkauf gelieferten Waren im üblichen Geschäftsbetrieb weiterzuverkaufen, zur Sicherung aller bestehenden Forderungen aus der Geschäftsbeziehung tritt der Kunde seine Forderungen aus der Weiterveräußerung der unter vorbehaltenem Eigentum stehenden Waren an den Lieferer ab. Der Lieferer erklärt schon jetzt die Annahme dieser Abtretung. Gleichzeitig ermächtigt er den Kunden, diese Forderungen auf seine Rechnung ohne Offenlegung der Abtretung einzuziehen.

6. Die unter Ziffer 5, Sätze 1 und 3 aufgeführten Ermächtigungen können ohne Einhaltung einer Frist gegenüber dem Kunden durch den Lieferer widerrufen werden, wenn sich der Kunde im Schuldnerverzug befindet. In diesem Fall ist der Lieferer auch berechtigt, die Abtretung gegenüber Dritten offenzulegen.

7. Dem Kunden ist es –unbeschadet der Ziffer 5- verwehrt, die in vorbehaltenem

Eigentum oder gemäß Ziffer 2 in vorbehaltenem Miteigentum stehenden Waren an Dritte zu verpfänden, an diese auch nur sicherungshalber zu übereignen oder entsprechende Verpflichtungen einzugehen. Dem Kunden ist es weiterhin verwehrt, die in den Ziffern 3 und 5 genannten Forderungen an Dritte zu verpfänden, auch nur sicherungshalber zu übertragen oder entsprechende Verpflichtungen einzugehen.

8. Der Kunde ist verpflichtet, die in vorbehaltenem Eigentum und die in vorbehaltenem Miteigentum stehenden Waren gegen Feuer und Diebstahl auf seine Kosten ausreichend zu versichern und ihre Lagerung von den übrigen Waren getrennt vorzunehmen. Maßnahmen der Zwangsvollstreckung, die im vorbehaltenem Eigentum oder gemäß Ziffer 2 in vorbehaltenem Miteigentum stehende Waren oder nach Ziff. 3 oder Ziff. 5 abgetretene Forderungen betreffen, sind dem Lieferer unverzüglich mitzuteilen.

9. Auf Verlangen des Lieferers hat der Kunde, der nicht Verbraucher ist, den Lieferer über den in seinem Besitz befindlichen Bestand der noch in vorbehaltenem Eigentum oder gemäß Ziffer 2 in vorbehaltenem Miteigentum stehenden Waren sowie über den Bestand der nach Maßgabe der Ziffern 3 und 5 abgetretenen Forderungen Auskunft zu erteilen. Die Auskunft erstreckt sich auf Verlangen des Lieferers auch auf die Angabe der Orte, an denen sich die noch in vorbehaltenem Eigentum oder gemäß Ziffer 2 in vorbehaltenem Miteigentum stehenden Waren befinden. Der Kunde, der nicht Verbraucher ist, ist darüber hinaus verpflichtet, dem Lieferer nach vorheriger Ankündigung die Besichtigung der in vorbehaltenem Eigentum oder gemäß Ziffer 2 in vorbehaltenem Miteigentum stehenden Waren in seinen Geschäftsräumen zu den üblichen Geschäftszeiten zu gestatten.

10. Der Lieferer ist berechtigt, das vorbehaltene Eigentum und das vorbehaltene Miteigentum sowie die damit in Zusammenhang stehenden Nebenansprüche für die Dauer des Eigentumsvorbehalts zu übertragen.

IV. Besondere Vereinbarungen für Formen (Werkzeuge)

1. Werden Düsen-, Preß-, Spritzguß- oder sonstige Formen (Werkzeuge) im Auftrag des Kunden durch den Lieferer durchgeführt oder in seinem Auftrag von einem Dritten angefertigt, so sind 1/2 bei Werkzeugbestellung 1/2 bei Mustervorlage netto nach Rechnungserhalt ohne Skontoabzug zu bezahlen.

2. Die etwaigen nach Ziffer 1 angefertigten Formen (Werkzeuge) sind in Anbetracht der Konstruktionsleistung des Lieferers grundsätzlich sein Eigentum, werden aber ausschließlich für Aufträge des Kunden verwendet. Eine anderweitige Benutzung setzt eine ausdrückliche Einigung zwischen Lieferer und Kunden voraus. Die Kosten der Herstellung der Formen trägt der Kunde. Die genannten Preise der Werkzeuge decken nicht die Kosten der Herstellung. Die Werkzeuge bleiben im Besitz des Lieferers für Pressen oder Spritzen der Kunststoffteile. Sofern der Kunde die Werkzeuge in sein Eigentum übernimmt, abholt und die Teile beim Lieferer nicht spritzen läßt, sind die restlichen Werkzeugkosten (1/4) zur Zahlung fällig. Der Lieferer verpflichtet sich, die zu fertigenden Kunststoffteile dem Marktpreis entsprechend zu kalkulieren und keine Überpreise zu nehmen.

3. Der Lieferer bewahrt die Formen für Nachbestellungen sorgfältig auf und pflegt sie. Er haftet nicht für Schäden, die trotz sachgemäßer Behandlung auftreten. Seine Aufbewahrungspflicht erlischt, wenn vom Kunden innerhalb von 2 Jahren nach der letzten Lieferung keine weiteren Bestellungen vereinbart wurden.

4. Für den Fall, dass der Kunde die ihm gelieferten Waren nicht oder nicht rechtzeitig bezahlt, kann der Lieferer die für diesen Auftrag bestimmten Formen beliebig weiterverwenden.

5. Vorstehende Bedingungen über Formen finden keine Anwendung, wenn es sich um dem Lieferer gehörende Formen für allgemein übliche und verwendbare Artikel handelt.

6. Kosten für Prüfeinrichtungen, Lehren, Vorrichtungen und sonstige Spezialrichtungen sind weder in den Werkzeugkosten noch in den Stückpreisen enthalten. Soweit erforderlich, sind sie vom Kunden frei Kunststoffspezialisten beizustellen.

V. Besondere Vereinbarungen für Armierungsteile

1. Werden in den unter Ziffer IV. 1 genannten Fällen Armierungsteile z. B. einzupressende oder einzuspritzende Metallteile durch den Kunden geliefert, dann ist dieser verpflichtet, sie frei Werk des Lieferers mit einem Zuschlag von 5 bis 10 % je nach Vereinbarung für etwaigen Ausschluß anzuliefern und zwar rechtzeitig, in einwandfreier Beschaffenheit und in solchen Mengen, dass dem Lieferer eine ununterbrochene Verarbeitung möglich ist.

2. Bei nicht rechtzeitiger oder ungenügender Anlieferung von Armierungsteilen ist der Kunde verpflichtet, dadurch erwachsene Mehrkosten zu vergüten. Der Lieferer behält sich in solchen Fällen vor, die Herstellung zu unterbrechen und erst zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen.

VI. Schutzrechte

1. Sofern der Lieferer Gegenstände nach Zeichnungen, Modellen oder Mustern, die ihm vom Kunden übergeben werden, zu liefern hat, steht der Kunde dem Lieferer gegenüber dafür ein, dass durch Herstellung und Lieferung der Gegenstände Schutzrechte Dritter nicht verletzt werden.

2. Sofern dem Lieferer von einem Dritten unter Berufung auf ein diesem gehöriges Schutzrecht die Herstellung und Lieferung von Gegenständen, die nach Zeichnungen, Modellen oder Mustern des Kunden angefertigt werden, untersagt wird, ist er – ohne zur Prüfung der Rechtslage verpflichtet zu sein – unter Ausschluss aller Schadensersatzansprüche des Kunden berechtigt, die Herstellung und Lieferung einzustellen und Ersatz der aufgewendeten Kosten zu verlangen.

3. Der Kunde verpflichtet sich, den Lieferer von Schadensersatzansprüchen Dritter unverzüglich freizustellen. Für alle unmittelbaren und mittelbaren Schäden, die aus der Verletzung und Geltendmachung etwaiger Schutzrechte überhaupt erwachsen, hat der Kunde auf Veranlassung des Lieferers einen angemessenen Vorschuß zu zahlen.

4. Formen, Düsen, Muster, Schablonen und sonstige Vorrichtungen bleiben auch dann alleiniges Eigentum des Lieferers, wenn dem Kunden Kosten hierfür berechnet werden.

VII. Lieferfristen

1. Die Lieferzeit beginnt nach Eingang aller für die Ausführung des Auftrages erforderlichen Unterlagen und gegebenenfalls einer vereinbarten Anzahlung. Hat der Kunde Armierungsteile zu liefern, so beginnt die Frist nicht vor deren Eingang zu laufen.

2. Höhere Gewalt entbindet den Lieferer für die Dauer des Hindernisses von der Vertragserfüllung; dauert sie mehr als 6 Monate, so kann der Lieferer vom Vertrag zurücktreten.

3. Als höhere Gewalt gelten auch Unfälle und alle sonstigen Ursachen, die eine teilweise oder vollständige Arbeitseinstellung bedingen, wie Materialmangel, Mangel an Betriebsstoff, Transportschwierigkeiten, Mängel in der Energieversorgung, Betriebsstörungen im eigenen Betrieb oder im Betrieb der Zulieferer.

4. Nimmt der Kunde eine fest in Auftrag gegebene Stückzahl nicht voll ab, so ist

der Lieferer berechtigt, einen Mindermengenzuschlag zu erheben.

5. Der Lieferer ist zu Teilleistungen berechtigt.

VIII. Gefahrenübergang

1. Die Gefahr geht auch bei frachtfreier Lieferung spätestens mit dem Verlassen des Lieferwerkes auf den Kunden über. Bei Verzögerung der Absendung durch ein Verhalten des Kunden geht die Gefahr mit der Mitteilung der Versandbereitschaft auf den Kunden über.

2. Bruch der gelieferten Ware während des Transports berechtigt den Kunden, der nicht Verbraucher ist, nicht zur Geltendmachung von Gewährleistungsrechten.

IX. Haftungsbeschränkungen, Gewährleistungsausschlüsse und Rügeobliegenheit

1. Maßgebend für Qualität und Ausführung gepresster und gespritzter Waren sind die Durchschnitte-, Ausfallmuster, welche der Lieferer dem Kunden zur Prüfung vorgelegt hat.

2. Bei etwaigen nach Ziff. IV. erfolgten Bestellungen trägt der Kunde für die Tauglichkeit der Ware bei der von ihm vorgesehenen Verwendung allein die Verantwortung, auch wenn er bei der Entwicklung vom Lieferer beraten wurde.

3. Ist der Kunde kein Verbraucher, so sind Mängelrügen unverzüglich, spätestens innerhalb von 8 Tagen nach Eingang der Lieferung am Bestimmungsort, schriftlich abzugeben. Sie bewirken keine Änderung der vereinbarten Zahlungsbedingungen.

4. Eigenmächtiges Nacharbeiten hat den Verlust aller Mängelansprüche gegen den Lieferer zur Folge.

5. Sofern der Lieferer, ohne daß eine verschuldete Pflichtverletzung von ihm, von seinen Erfüllungsgehilfen oder gesetzlichen Vertretern, ein arglistiges Verschweigen von Fehlern oder eine Garantie für die Beschaffenheit von Waren vorliegt, für Sachmängel oder Rechtsmängel einzustehen hat, sind Ansprüche des Kunden, der nicht Verbraucher ist, auf Schadensersatz oder auf Ersatz vergeblicher Aufwendungen ausgeschlossen. Jeder Kunde kann aber nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Nacherfüllung oder Minderung geltend machen bzw. vom Vertrag zurücktreten.

6. Macht der Kunde Mängel im Sinne Ziffer 5 geltend und verlangt Nacherfüllung, so wird das Wahlrecht zwischen Nachbesserung und Nachlieferung durch den Lieferer ausgeübt. Ausgetauschte Waren werden Eigentum des Lieferers.

7. Einem Sachmangel steht es gleich, wenn der Lieferer eine andere Sache oder eine zu geringe Menge geliefert hat.

8. Im Falle der Lieferung einer anderen Sache ist der Lieferer berechtigt, innerhalb der Verjährungsfrist die falsch gelieferte Sache Zug um Zug gegen eine Ersatzlieferung auf seine Gefahr und Kosten zurückzufordern.

9. Der Lieferer schließt seine Haftung für leicht fahrlässige Pflichtverletzungen aus, sofern diese keine vertragswesentlichen Pflichten, Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, Garantien oder arglistig verschwiegene Fehler betreffen oder Ansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz berühren. Gleiches gilt für Pflichtverletzungen der Erfüllungsgehilfen oder der gesetzlichen Vertreter des Lieferers.

X. Gerichtsstand und Rechtswahl

1. Für alle künftigen Streitigkeiten, die sich aus den mit dem Kunden bestehenden Rechtsbeziehungen im Sinne von Ziffer I.1 ergeben, wird die ausschließliche Zuständigkeit der Gerichtsbarkeit der Bundesrepublik Deutschland vereinbart.

2. Ist der Kunde Kaufmann, juristische Person des Öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen, hat er keinen allgemeinen Gerichtsstand in der Bundesrepublik Deutschland, gibt er seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort in der Bundesrepublik Deutschland auf, verlegt er nach Vertragsschluss seinen allgemeinen Gerichtsstand aus der Bundesrepublik Deutschland oder ist sein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der Klageerhebung unbekannt, so wird für Streitigkeiten im Sinne von Ziffer 1 mit dem Lieferer als ausschließlicher Gerichtsstand Amtsgericht Nürnberg vereinbart.

3. Unbeschadet der Ziffern 1 und 2 darf der Lieferer den Kunden darüber hinaus auch an seinem Sitz, im Gerichtsstand der uralten Handlung oder im gemeinschaftsrechtlichen Gerichtsstand der Gesamtschuld verklagen.

4. Alle Vertragsbeziehungen unterliegen ausschließlich deutschem Recht. Die Anwendung der einheitlichen Gesetze über den Internationalen Kauf beweglicher Sachen sowie über den Abschluß von Internationalen Kaufverträgen über bewegliche Sachen ist ausgeschlossen.